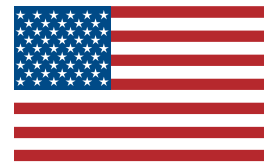


CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 31/2016 No. 1-4



**abgeschlossen am
11. April 2016**

	<u>Seite</u>
1. Republikaner blockieren Nachfolger für Verfassungsrichter Antonin Scalia	1
2. Republikaner im Repräsentantenhaus debattieren Haushaltsplan	2
3. Sanktionen gegen Nordkorea nach Atomwaffentest und Raketenstart verschärft	4
4. Aufhebung der Sanktionen gegenüber Kuba trotz des historischen Besuchs Obamas in Havanna im Kongress umstritten	6
5. Republikaner im Kongress lehnen Obamas neuen Plan zur Schließung der <i>Guantanamo Bay Detention Facility</i> kategorisch ab	7
6. Präsident Obama schlägt neue Energiesteuer vor	11
7. Parteipolitische Polarisierung setzt sich im republikanisch kontrollierten 114. Kongress fort	12
8. Präsidentschaftsvorwahlen 2016: Harte Vorwahlkämpfe ohne schnellen Vorentscheid in beiden Parteien	14

1. Republikaner blockieren Nachfolger für Verfassungsrichter Antonin Scalia

Antonin Scalia, Associate Justice of the Supreme Court, ist überraschend am 13. Februar 2016 verstorben. Präsident Barack Obama hat als Nachfolger Scalias den angesehenen Bundesrichter Merrick Garland (US Court of Appeals for the District of Columbia Circuit) vorgeschlagen.

Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) hat allerdings bereits wenige Stunden nach Scalias Tod angekündigt, dass der Senat in Präsident Obamas letztem Amtsjahr keinen Nachfolger für die vakante Position am *Supreme Court* bestätigen wird.

Der 89-jährige Antonin Scalia, Absolvent der renommierten *Harvard Law School*, war 1986 auf Vorschlag von Präsident Ronald Reagan (1981-89) als Richter am *Supreme Court* ernannt worden. Vor allem von konservativer Seite wurde Scalia als eloquenter, unerschrockener und scharfsichtiger Verfechter einer traditionalistischen Interpretation der Verfassung verehrt, der Neuauslegungen aus der Sicht einer sich verändernden Gesellschaft („living constitution“) strikt ablehnte.

Mit dem Tod Scalias verliert die Republikanische Partei aber nicht nur eine konservative Ikone der Reagan-Ära, es droht auch ein Kippen des fragilen Kräftegleichgewichts zwischen den politischen Lagern im *Supreme Court* zugunsten der linken, progressiven Seite.

Angesichts der Vielzahl umstrittener wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischer Fragen befürchten vor allem konservative Republikaner, jeden Einfluss auf den Obersten Gerichtshof zu verlieren.

Ungeachtet der aus einer parteipolitischen Perspektive nachvollziehbaren Vorbehalte hat Präsident Obama an seiner verfassungsmäßigen Prärogative festgehalten und einen Nachfolger für Antonin Scalia nominiert.

Der von Präsident Obama für die Nachfolge von Scalia vorgeschlagene Bundesrichter Merrick Garland, geboren 1952, ist ebenfalls ein Absolvent der *Harvard Law School*, und kann auf eine von beiden Parteien respektierte Karriere als Jurist zurückblicken. Er gilt als zentristisch-linker Jurist, der noch nicht durch kontroverse Urteilsbegründungen aufgefallen ist.

Ironischerweise haben republikanische Senatoren, die sich aktuell gegen Merrick Garland aussprechen, in der Vergangenheit Präsident Obama dazu aufgefordert, ihn als Kompromisskandidaten zu nominieren. Die jetzige Verweigerung der Republikaner im Senat, Garland auch nur Anhörungen vor dem Justizausschuss oder eine Abstimmung im Plenum zu gewähren, legt die parteitaktischen Gründe ihres Vorgehens offen zu Tage.

Unter diesen politischen Vorzeichen hat Präsident Obama Richter Garland nominiert, um den Bluff der republikanischen Senatsfraktion öffentlich vorzuführen. Das Kalkül des Präsidenten ist es, die offensichtliche Obstruktionspraxis der Republikaner offenzulegen.

Nach den verfügbaren Meinungsumfragen unterstützt eine Mehrheit der Wählerschaft das Vorgehen von Präsident Obama. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung haben sich eine Reihe von republikanischen Senatoren wie Kelly Ayotte (New Hampshire), die umkämpfte Einzelstaaten repräsentieren, zu Gesprächen mit Richter Garland bereit erklärt, und damit die harte Ablehnungsfront der Partei durchbrochen.

Mit Blick auf die für Anfang November 2016 anstehenden Präsidentschaftswahlen ist es jedoch unwahrscheinlich, dass *Majority Leader* Mitch McConnell und die Republikaner im Senat ihre Obstruktionshaltung aufgeben werden.

Selbst die Aussicht auf eine Niederlage in den Novemberwahlen 2016 dürfte die konservative Mehrheit der republikanischen Senatsfraktion aller Voraussicht nach nicht dazu bewegen, ihre Intransigenz zugunsten eines zwischenparteilichen Kompromisses zu überwinden.

Die republikanischen Präsidentschaftskandidaten fordern, wie nicht anders zu erwarten, Präsident Obama keine weiteren Zugeständnisse zu gewähren. Die demokratischen Kandidaten spekulieren, bei aller Unterstützung für Präsident Obama, auf die perspektivische Chance, dem Senat nach einem Wahlsieg ihren eigenen Vorschlag unterbreiten zu können.

2. Republikaner im Repräsentantenhaus debattieren Haushaltsplan

In der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus ist Anfang 2016 erneut offener Streit um die Prioritäten in der Haushaltspolitik ausgebrochen.

Der im Herbst 2015 neu gewählte *Speaker*, Paul Ryan (R-Wisconsin), will den Haushalt, wie von den Republikanern nach der Übernahme der Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresse in Aussicht gestellt, über den regulären Budgetberatungsprozess verabschieden (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 9-10, S. 1).

Den Rahmen für den Bundeshaushalt 2017 gibt der noch von *Speaker* John Boehner (R-Ohio) im Vorjahr mit Präsident Barack Obama ausgehandelte Haushaltskompromiss vor (siehe Congress Report, 30, 2015, Heft 9-10, S. 5).

Die Übereinkunft zwischen Präsident und Kongress hatte den Streit über den Haushalt und die Bundesverschuldung bis nach den Wahlen im November 2016 vertagt. Die 2012 in Kraft getretenen Globalkürzungen, zu gleichen Teilen bei den Zivil- und Vertei-

digungsausgaben (unter Ausnahme der Sozialprogramme), werden damit fortgeschrieben (siehe Congress Report, 27, 2012, Heft 9-10, S. 5). Allerdings sollen die Ausgabenobergrenzen gegenüber dem Vorjahr um 30 Mrd. USD angehoben werden.

Gegen die Fortschreibung des zwischenparteilichen Kompromisses haben vor allem die republikanischen Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidaten, Donald J. Trump (New York) und Senator Ted Cruz (Texas), vehement protestiert (vgl. Punkt 8).

Im Repräsentantenhaus bildet die Speerspitze der Ablehnung der Haushaltsübereinkunft des Jahres 2015 in der republikanischen Fraktion der *House Freedom Caucus*, dem ca. 40 Abgeordnete angehören, und der der *Tea Party*-Bewegung nahesteht. Allerdings kritisieren auch Teile des konservativen *Mainstream* der Fraktion, organisiert im *Republican Study Committee* (RSC), sowohl die beschlossenen Ausgabenerhöhungen als auch die Ausnahme der bundesstaatlichen Sozialprogramme von weiteren automatischen Kürzungen.

Eine Aufkündigung der Haushaltsübereinkunft des Jahres 2015 würde den Bundeshaushalt grundsätzlich in Frage stellen, und weder die demokratischen Kongressfraktionen noch Präsident Obama würden sich auf eine Veränderung der Rahmenvorgaben einlassen.

Ohne die Stimmen der Abgeordneten des *Freedom Caucus* wie anderer Kritiker ist aber eine Aushandlung des Bundeshaushalts 2017 unter republikanischer Ägide nicht durchsetzbar. Die republikanische Fraktion des Senats hat bereits signalisiert, dass sie im Fall des Scheiterns der regulären Budgetberatungen im Repräsentantenhaus auch auf eine Budget-Resolution verzichten wollen.

Während sich *Speaker* Paul Ryan weiterhin bemüht zeigt, das Repräsentantenhaus dazu zu bewegen, fristgerechte Haushaltsentscheidungen zu treffen, droht den Republikanern im Vorfeld der Wahlen im November 2016 ein neues politisches Führungsdesaster.

Wenngleich die Position von *Speaker* Ryan kaum direkt in Frage gestellt ist, deuten die Konflikte an, dass Ryan, wie schon *Speaker* Boehner, nicht in der Lage ist, in zentralen politischen Fragen seine Fraktion zusammenzuführen.

Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) und die republikanische Senatsfraktion scheinen mit der Aufgabe, eine geschlossene Linie in der Formulierung der Prioritäten der Partei in der Bundespolitik vorzuzeichnen, ebenfalls überfordert.

Allerdings ist auch der von Präsident Obama im Februar 2016 vorgestellte Haushalt mit einem Ausgabenumfang von 4,1 Billionen USD kaum gegen den Willen der Republikaner im Kongress durchsetzbar. Von einzelnen Initiativen wie der Erhöhung der Ausgaben für die Internet-Sicherheit (*Cyber-Security*) angesichts zunehmender Atta-

cken gegen private wie staatliche Netze, können neue Vorhaben und Akzentsetzungen des Präsidenten nicht mit Zustimmung der Legislative rechnen (vgl. auch Punkt 6).

Anstelle ordentlicher Haushaltsberatungen zeichnet sich für 2017 eine Fortschreibung des Bundesbudgets über informelle Vereinbarungen zwischen Administration und Kongress sowie zwischen den Fraktionen beider Parteien ab.

3. Sanktionen gegen Nordkorea nach Atomwaffentest und Raketenstart verschärft

Der Kongress hat im Februar 2016 im Rahmen des „North Korea Sanctions and Policy Enhancement Act of 2016“ die Wirtschaftssanktionen gegenüber Nordkorea verschärft, nachdem das Land unter Führung des Diktators Kim Jong-un am 6. Januar 2016 einen weiteren Atomwaffentest durchgeführt und Anfang Februar mit einer Langstreckenrakete einen Satelliten in eine erdnahe Umlaufbahn befördert hat.

Die Entscheidung für die Verschärfung der Sanktionen gegenüber Pjöngjang (*Public Law 114-122*) fiel am 12. Februar 2016 im Senat einstimmig (96:0) und im Repräsentantenhaus mit 408:2 Stimmen. Pjöngjang, so der einhellige Tenor in beiden Kammern des Kongresses, müsse für sein aggressives Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden.

Entsprechend wird der amerikanische Präsident im Rahmen des *North Korea Sanctions and Policy Enhancement Act* in Abschnitt 104 dazu verpflichtet, Strafverfahren gegenüber denjenigen Einzelpersonen einzuleiten, die

- sich an der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen oder Trägersystemen, beziehungsweise entsprechender Technologie („means of delivery“) an Nordkorea beteiligen;
- Waffen oder Bestandteile von Waffen dorthin exportieren, re-exportieren oder von dort einführen;
- Luxusgüter („significant luxury goods“) nach Nordkorea exportieren oder importieren;
- sich an Straftaten wie Produktfälschungen, Geldwäsche oder Drogenschmuggel beteiligen, die der Regierung Nordkoreas oder einem ihrer Regierungsmitglieder zugutekommen.

Die Heimatschutzbehörde (*Department of Homeland Security*) wird angewiesen, die Kontrollen von See- und Flughäfen mit Blick auf nordkoreanische Schmuggelaktivitäten zu verschärfen.

Das „rücksichtslose Verhalten“ von Diktator Kim Jong-un „wird nicht unbeantwortet bleiben“, so der *Minority Leader* im Senat, Harry Reid (D-Nevada), im Vorfeld der Entscheidung des Kongresses.

Ende Februar 2016 hatte James R. Clapper, Director of National Intelligence (DNI), vor dem Streitkräfteausschuss des Senats im Rahmen des „Wordwide Threat Assessment“ der amerikanischen Nachrichtendienste bestätigt, dass Nordkorea am 6. Januar 2015 einen weiteren Atomwaffentest durchgeführt hat. Es war der vierte nach 2006, 2009 und 2013. Das nordkoreanische Atomwaffen- und Raketenprogramm, so DNI Clapper, „will continue to pose a serious threat to U.S. interests and to the security environment in East Asia in 2016“. Clapper unterstrich auch, dass Pjôngjang daran festhält, eine nuklearfähige Langstreckenrakete zu entwickeln. Die Stellungnahme des DNI vor dem *Senate Armed Services Committee* kann eingesehen werden unter: http://www.dni.gov/files/documents/Unclassified_2015_ATA_SFR_-_SASC_FINAL.pdf.

Die internationale Staatengemeinschaft unter Führung der Vereinigten Staaten versucht seit vielen Jahren erfolglos den Anstrengungen Nordkoreas, sich in den Besitz von Atomwaffen zu bringen, einen Riegel vorzuschieben. So hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen gegen Nordkorea verabschiedet, wie unter anderem die Resolution 1874 des UN-Sicherheitsrats aus dem Jahr 2009 und die Resolutionen 2087 und 2094 aus dem Jahr 2013.

Multilaterale Gespräche zur Einhegung des nordkoreanischen nuklearen Waffenprogrammes zwischen 2003 und 2008, an denen neben den Vereinigten Staaten auch die VR China, Japan, Russland und Südkorea beteiligt waren, konnten keine Lösung herbeiführen und wurden nach dem Dezember 2008 nicht fortgeführt. Nordkorea führte im Mai 2009 einen zweiten Atomwaffentest durch und ließ sich von seinem Streben nach nuklearen Massenvernichtungswaffen trotz verschärfter UN-Sanktionen auch in der Folgezeit nicht abbringen.

Kim Jong-un, der Nordkorea in Nachfolge seines Vaters Kim Jong-il diktatorisch und mit brutaler Repression seit fünf Jahren regiert, verfolgt ein aggressives Atomwaffenprogramm, wie der Atomwaffentest des 6. Januar 2016 unterstreicht. Ob es sich dabei um den Test einer Wasserstoffbombe handelt, wie der nordkoreanische Machthaber behauptet, wird von amerikanischen Fachleuten allerdings bezweifelt. Unstrittig scheint allerdings zu sein, dass Nordkorea eine Urananreicherungsanlage gebaut hat und zwischenzeitlich über 30-40 kg Plutonium verfügt. Unstrittig ist auch, dass Nordkorea 2012 und 2016 demonstriert hat, dass es Satelliten in eine erdnahe Umlaufbahn befördern kann. Umstritten ist hingegen, ob Nordkorea in vier bis fünf Jahren tatsächlich Atomsprengköpfe auf Langstreckenraketen montieren könnte.

Es wird davon ausgegangen, dass Nordkorea über chemische Massenvernichtungswaffen verfügt, darunter Senfgas und Sarin und das in einem Umfang von 2500 bis 5000 Tonnen. Nordkorea ist der Chemiewaffen-Konvention (*Chemical Weapons Conventi-*

on) nicht beigetreten, welche die Produktion und den Einsatz von Chemiewaffen verbietet. Ob Pjöngjang auch über biologische Massenvernichtungswaffen wie Anthrax verfügt, ist ungeklärt. Die Nachrichtendienste der USA gehen allerdings in diesem Zusammenhang davon aus, dass Pjöngjang „has a munition production capacity that could be used to weaponize biological agents“.

4. Aufhebung der Sanktionen gegenüber Kuba trotz des historischen Besuchs Obamas in Havanna im Kongress umstritten

Im Kongress ist die von Barack Obama betriebene Normalisierung der Beziehungen zu Kuba, die der amerikanische Präsident mit seinem historischen Besuch Havannas am 20. März 2016 unterstrichen hat, vor allem im Lager der Republikaner im Kongress weiter umstritten, und es scheint unwahrscheinlich, dass die bestehende Sanktionsgesetzgebung noch in diesem Jahr in Gänze außer Kraft gesetzt wird.

Obama hatte nach seiner Amtsübernahme im Jahr 2009 erklärt, dass er die Beziehungen zu Kuba auf eine neue Grundlage stellen wolle und dann am 17. Dezember 2014 einen Kurswechsel in den Beziehungen beider Länder angekündigt. Dieser führte am 20. Juli 2015 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Havanna, die im Jahr 1961 ausgesetzt worden waren, und am 20. März 2016 zum ersten Besuch eines amtierenden amerikanischen Präsidenten auf der Karibikinsel seit dem Januar 1928, als der 30. amerikanische Präsident Calvin Coolidge Havanna einen Besuch abstattete.

Präsident Obama hatte im Zusammenhang mit seinem Treffen mit dem derzeitigen Machthaber in Kuba, Präsident Raúl Castro, erklärt, dass „Jahrzehnte der Isolierung Kubas“ es nicht vermocht hätten „to accomplish our objective of empowering Cubans to build an open and democratic country“. Des Weiteren führte der 44. Präsident der Vereinigten Staaten aus: „We cannot keep doing the same thing and expect a different result. It does not serve America’s interests, or the Cuban people, to try to push Cuba toward collapse. We know from hard-learned experience that it is better to encourage and support reform than impose policies that will render a country a failed state.“

Den Kongress forderte Obama auf, die bestehende Sanktionsgesetzgebung aufzugeben, um die Lasten für die kubanischen Staatsbürger zu verringern.

Gemeint sind die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegenüber Kuba, so wie sie vom Kongress im Rahmen des

- *Cuban Democracy Act* (CDA) des Jahres 1992 (*Public Law* 102-484, Title XVII),
- *Cuban Liberty and Solidarity* (LIBERTAD) *Act* des Jahres 1996 (*Public Law* 104-114) und

- *Trade Sanctions Reform and Export Enhancement Act (TSRA)* des Jahres 2000 (*Public Law 106-387, Title IX*)

verfügt worden waren.

Der CDA verbietet amerikanischen multinationalen Tochterfirmen jegliche Handelsbeziehung mit Kuba und jedem Schiff, das Handelsgüter für Kuba mit sich führt, beziehungsweise aufnehmen will, die Einfahrt in amerikanische Häfen. Der LIBERTAD Act verfügt Sekundärsanktionen gegenüber denjenigen weltweiten Geschäftsaktivitäten ausländischer Einzelpersonen und Unternehmen, die mit Kuba Handel betreiben. Sie können vom amerikanischen Präsidenten allerdings für jeweils sechsmonatige Intervalle außer Kraft gesetzt werden. Der TSRA erlaubt Agrarexporte nach Kuba, untersagt jedoch touristische Reisen nach Kuba.

Im Präsidentenschaftswahljahr 2016 scheint es unwahrscheinlich, dass die Republikaner im Kongress, die Repräsentantenhaus und Senat mehrheitlich kontrollieren, die bestehende Sanktionsgesetzgebung gegenüber Kuba vollumfänglich aufheben. Das liegt zum einen an den Positionen prominenter Bewerber um die republikanische Präsidentschaftsbewerbung wie Ted Cruz (R-Texas), der kubanische Wurzeln hat, und sich gegen die Aufhebung der Sanktionen gegen die kommunistische Regierung in Havanna ausgesprochen hat. Das liegt zum Anderen aber auch am Widerstand von einflussreichen Republikanern im Repräsentantenhaus, wie Ileana Ros-Lethinen (Florida) und Mario Diaz-Balart (ebenfalls Florida), die eine Normalisierung der Beziehungen zur Castro-Regierung, die sie als diktatorisch und korrupt einschätzen, vehement ablehnen.

Dagegen drängen Demokraten im Repräsentantenhaus wie Jim McGovern (Massachusetts) auf eine zügige Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Kuba und hoffen darauf, dass der gesellschaftliche Druck von *Business-Lobbies* und Menschenrechtsorganisationen die republikanische Fraktionsführung um *Speaker* Paul Ryan (R-Wisconsin) zu einer Kurskorrektur noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2016 veranlasst. Waren im Dezember 2015 lediglich 44 Prozent der Befragten in einer *New York Times*-Umfrage für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Havanna, so lag dieser Wert im März 2016 bereits bei 52 Prozent.

5. Republikaner im Kongress lehnen Obamas neuen Plan zur Schließung der *Guantanamo Bay Detention Facility* kategorisch ab

Präsident Obamas neuer Plan zur Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers auf der *Guantanamo Bay Naval Base* (GTMO) noch in seinem letzten Amtsjahr, den er der amerikanischen Öffentlichkeit am 23. Februar 2016 vorgestellt hat, ist im republikanisch dominierten Kongress auf scharfe Ablehnung gestoßen.

Der *Speaker* des Repräsentantenhauses, Paul Ryan (R-Wisconsin), erklärte, dass Oba-

mas Schließungsplan der Guantanamo Bay Detention Facility „kritische Details, wie sie gesetzlich vorgegeben sind“, vermissen lassen. „In fact“, so *Speaker* Ryan, „the president should rule out taking unilateral action to transfer Guantanamo Bay detainees to our shores. He should rule out asking our military to break the law. He should rule it out and he should give the country that reassurance.“

In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) im Senat, der es vollkommen ausschloss, dass Guantanamo-Häftlinge in Gefängnisse innerhalb der USA überstellt würden, so wie Präsident Obama das in seinem Plan angekündigt hat. „Der überparteiliche Wille des Kongresses gegen den Vorschlag“, sei bereits zum Ausdruck gebracht worden, so McConnell klipp und klar.

Der Senate Majority Leader bezog sich mit seiner Äußerung auf die Entscheidung des Kongresses im Rahmen des National Defense Authorization Act 2016 (Public Law 114-92, NDDA), in dem der Kongress die Bereitstellung von Mitteln zur Schließung von GTMO sowie die Überstellung von Gefangenen aus Guantanamo Bay in die Vereinigten Staaten von Amerika ausdrücklich verboten hatte (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 11-12, S. 5 ff.). Obama war es auch mit einem präsidentiellen Veto im Jahr 2016 nicht gelungen, sich politisch gegen die Entscheidung des Kongresses zur Fortführung des Gefangenenlagers in Guantanamo Bay durchzusetzen (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 9-10, S. 8ff.).

Allerdings hatten sich Präsident und Kongress darauf verständigt, dass das Verteidigungsministerium innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des NDAA 2016, also bis zum 25. Februar 2016, einen umfassenden Plan zum weiteren Umgang mit GTMO („a comprehensive plan on the disposition of detainees held at the United States Naval Station, Guantanamo Bay, Cuba“) vorlegen muss.

Präsident Obama hat diesen 9 Seiten umfassenden Plan am 23. Februar dem Kongress übermittelt. Er trägt den Titel: „Plan for Closing the Guantanamo Bay Detention Facility“ und kann abgerufen werden unter <http://www.cfr.org/terrorism-and-the-law/department-defense-plan-closing-guantanamo-bay-detention-facility/p37589>. Der Plan des Verteidigungsministeriums unterstreicht, dass die Obama-Administration insgesamt 35 weitere „Detainees“ aus Guantanamo, von denen keine Gefährdung mehr für die nationale Sicherheit ausgeht, in andere Staaten entlassen möchte.

Im Haushaltsjahr 2016 sind nach Angaben der Administration

- bis zum 23. Februar 2016 23 Gefangene in neun Staaten, darunter Mauritien (1), Großbritannien (1), Vereinigte Arabische Emirate (5), Ghana (2), Kuwait (1), Saudi-Arabien (1), Oman (10), Montenegro (1) und Bosnien-Herzegowina (1) entlassen worden. Anfang April 2016 wurden darüber hinaus zwei weitere „Detainees“ in den Senegal überstellt, so dass die Zahl der in GTMO Inhaftierten derzeit noch 89 Personen umfasst.

Auf der *Guantanamo Naval Base*, Kuba, wurden seit 2002 im Krieg gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 insgesamt 779 so genannte „Enemy Combatants“ festgehalten, von denen 690 in der Zwischenzeit freigelassen worden sind. Seit dem Jahr 2008 sind keine weiteren Terrorismusverdächtigen durch die USA nach GTMO mehr überstellt worden.

Barack Obama hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt 2009 die Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo Bay durch präsidientellen Erlass („executive order“) binnen eines Jahres (also bis 2010) verfügt, war aber immer wieder am Kongress gescheitert, der ihm die dafür erforderlichen Mittel fortwährend versagt hatte.

Obama begründete in seiner Rede im Roosevelt Room des Weißen Hauses am 23. Februar 2016 noch einmal detailliert seinen neuerlichen Schließungsplan des Gefangenenlagers in *Guantanamo Bay*. Er kann eingesehen werden unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/02/23/remarks-president-plan-close-prison-guantanamo-bay>.

Der amerikanische Präsident verwies auf die Wertegebundenheit der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik, „that is committed to universal values, including rule of law and human rights“. GTMO, so hatte der Präsident an anderer Stelle mehrfach betont, sei ein Propaganda- und Rekrutierungsinstrument für gewaltbereite Extremisten und belaste die Beziehungen zu wichtigen Alliierten und Partnern. Deshalb gebe es keine Alternative zur Schließung des Gefangenenlagers, das im Widerspruch zu amerikanischen Werten („contrary to our values“) stehe. Auch seien die Kosten des Gefangenenlagers von fast 450 Mio. USD jährlich für den amerikanischen Steuerzahler viel zu hoch. „This is about closing a chapter in our history“, so der 44. Präsident der Vereinigten Staaten, der hinzufügte: „It reflects the lessons that we’ve learned since 9/11 – lessons that need to guide our nation going forward“.

Das sieht insbesondere die republikanische Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat ganz anders. „(A)ny effort to bring Guantanamo detainees to U.S. soil would be against the law“, so der Vorsitzende des *House Foreign Affairs Committee*, Ed Royce (R-California), in einer Anhörung vor seinem Ausschuss am 23. März 2016, die den Titel trägt: „The Administration’s Plan to Close the Guantanamo Bay Detention Facility: At What Foreign Policy and National Security Cost?“. Sie kann eingesehen werden unter <https://foreignaffairs.house.gov/hearing/hearing-administration-s-plan-close-guantanamo-bay-detention-facility-what-foreign-policy>.

Royce verwies in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung seines Ausschusses zur Entlassung von sechs *Detainees* nach Uruguay im Dezember 2014. Während die Obama-Administration behauptet habe, dass es keine Information darüber gebe, dass die Freigelassenen in terroristische Aktivitäten gegen die USA oder ihre Partner verwickelt gewesen seien, komme sein Ausschuss zu dem Ergebnis, dass es sich bei den aus Guantanamo Freigelassen um „hardened al-Qaeda fighters (...) trained as suicide bombers“ handle. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentanten-

haus verwies in diesem Zusammenhang auch darauf, dass 30 Prozent der entlassenen „Detainees“ auf das Schlachtfeld zurückgekehrt seien. Für Royce ist vor diesem Hintergrund klar: „We are going to need a facility for fanatical terrorists – whose processing in the U.S. legal system is unwarranted and simply not feasible – for a long time to come“.

Ähnlich wie Royce äußerte sich auch der Vorsitzende des House Armed Services Committee, Mac Thornberry (R-Texas), der Obama vorwarf „nicht ernsthaft“ mit dem Kongress in der Frage des Umgangs mit dem Gefangenenlager in Guantanamo Bay zusammenzuarbeiten. „This is pretty thin stuff“, so Thornberry, der weiter ausführte: „I think what a lot of people don’t realize is to bring them (the detainees, *die Redaktion*) into the United States, you have to build a whole new facility. You cannot keep law of war detainees at the same facility like Supermax (Hochsicherheitsgefängnisse, *die Redaktion*), where you have convicted criminals“.

Der Vorsitzende des Judiciary Committee im Repräsentantenhaus, Bob Goodlatte (R-Virginia) verlangte ebenfalls, dass die *Detainees* aus Sicherheitsgründen nicht in die USA verbracht werden sollen. „Enemy combatants should remain outside the United States“, so Goodlatte, „where they can be detained away from our communities and without needlessly jeopardizing the safety and security of the American people“.

Unterstützung erhielten die republikanischen Kritiker Obamas auch von einem Demokraten im Senat, Michael Bennet, in dessen Bundesstaat Colorado sich eines jener Hochsicherheitsgefängnisse befindet, in das Guantanamo-Gefangene nach den Vorstellungen der Obama-Administration verlegt werden könnten. „I have voted to close the prison“, so Senator Bennet, der sich im Wahlkampf für seine Wiederwahl im November 2016 befindet, „but I believe military detainees should be held in military prisons. Colorado does not have that type of facility. This plan has done nothing to change my mind“.

Gegen die Schließung von GTMO haben sich auch die republikanischen Präsidentschaftsbewerber Ted Cruz und Donald Trump stark gemacht (vgl. auch Punkt 8), die nicht nur die Überstellung von „Detainees“ in Hochsicherheitsgefängnisse in den USA ablehnen, sondern sich generell für die Aufrechthaltung (und Ausweitung) des Gefangenenlagers in *Guantanamo Bay* ausgesprochen haben.

Die Obama-Administration hatte bereits im Jahr 2010 im Rahmen des Abschlussberichts der so genannten Guantanamo Review Task Force festgestellt, dass 48 *Detainees* unbegrenzt festgehalten werden müssten, also weder der Strafverfolgung durch die USA überstellt noch in ein anderes Land freigelassen werden dürften. Dieser Bericht kann unter <https://www.justice.gov/sites/default/files/ag/legacy/2010/06/02/guantanamo-review-final-report.pdf> eingesehen werden.

Die Obama-Administration hat in der Zwischenzeit 13 mögliche Hochsicherheitseinrichtungen in den USA identifiziert, in denen die Gefangenen, für die eine „continued detention“ aus Gründen der nationalen Sicherheit unverzichtbar erscheint, festgehalten

werden könnten. Dieser Gefangenengruppe soll mit Verweis auf die *Authorization for Use of Military Force* (AUMF, *Public Law* 107-40), jenes umfassende Ermächtigungsgesetz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, das der amerikanische Kongress kurz nach dem 11. September 2001 verabschiedet hat, eine strafrechtliche Bewertung der ihnen zu Last gelegten Verbrechen weiterhin verweigert werden. „The AUMF“, so das Verteidigungsministerium zum Schließungsplan von Guantanamo im Februar 2016, „provides authority to detain those individuals until the end of hostilities and then transfer them out of the United States“.

Mit anderen Worten: Auch die Obama-Administration plant derzeit offensichtlich nicht vor den gesetzlichen Status quo des 11. September 2001 in der Behandlung jener 46 Detainees zurückzukehren, die für eine „continued detention without criminal charges“ ausgewiesen wurden. Menschenrechtsgruppen sind dementsprechend in ihrer Reaktion auf die Pläne Obamas gespalten. Während manche Kritiker darauf verweisen, dass Guantanamo nicht geschlossen, sondern „nur in die USA verlegt würde“, sehen andere darin eine echte Chance, das dunkle Kapitel für die amerikanische Demokratie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus seit dem 11. September ein für alle Mal zu schließen.

6. Präsident Obama schlägt neue Energiesteuer vor

Präsident Barack Obama hat Anfang Februar 2016 eine neue Steuer auf die Produktion von Rohöl in Höhe von knapp über 10 USD pro Barrel vorgeschlagen. Die Steuererhöhung ist Teil des von der Administration vorgelegten Rahmenplans für den Bundeshaushalt 2017 (vgl. Punkt 2).

Die Initiative des Präsidenten zielt zum einen auf zusätzliche Bundesmittel für den Ausbau der Infrastruktur ab, zum anderen auf eine Stärkung der Klimaschutzpolitik.

Die Abgabe auf die Rohöl-Förderung von amerikanischen Energieunternehmen soll über einen 10-Jahres-Zeitraum durchschnittlich 32 Mrd. USD jährlich einbringen. Die näheren Details der Art der Steuererhebung stehen noch aus.

Etwa 20 Mrd. USD sind für den Bundesfernstraßenbau vorgesehen. Eine längerfristige Novellierung des Infrastrukturprogramms des Bundes durch den Kongress ist in den letzten Jahren mehrfach gescheitert. Das Infrastrukturprogramm wird durch eine Abgabe in Höhe von 18,4 US Cents pro Gallone Benzin finanziert. Die seit 25 Jahren nicht erhöhte Steuer deckt allerdings die erforderlichen Ausgaben für die Erhaltung und den Ausbau des Bundesfernstraßensystems in den USA nicht.

Weitere 10 Mrd. USD sollen zur Förderung von Energieeinsparprogrammen der Städte, Kommunen und Einzelstaaten bereitgestellt werden. Zwei Milliarden USD jährlich sollen in die Forschung für energieeffiziente Fahrzeuge fließen.

Der Vorstoß Präsident Obamas, die Prioritäten in der Verkehrs- und Umweltschutzpolitik in seinem letzten Amtsjahr zu akzentuieren, hat jedoch kaum Chancen auf Zustimmung im republikanischen dominierten 114. Kongress.

Nicht nur die Vertreter der betroffenen Unternehmen lehnen die neue Energieabgabe mit Verweis auf die Kosten für die Konsumenten strikt ab. Auch für die republikanischen Kongressfraktionen sind jegliche Steuererhöhungen ein Tabu, und die Energie- und Umweltpolitik der Administration wird nahezu einhellig abgelehnt.

7. Parteipolitische Polarisierung setzt sich im republikanisch kontrollierten 114. Kongress fort

Im siebten (und vorletzten) Amtsjahr Präsident Obamas hat sich die parteipolitische Polarisierung im von den Republikanern in beiden Kammern kontrollierten Kongress fortgesetzt, wie statistische Untersuchungen von *Congressional Quarterly* (CQ) belegen (vgl. Congress Report 30, 2015, Heft 1-4, S. 18 ff.).

Im republikanisch dominierten Repräsentantenhaus lag der *Average Party Unity Score* (APUS) CQ zufolge in der 1. Sitzungsperiode des 114. Kongress bei 92 Prozent. Der APUS bezeichnet statistisch jenen Wert, bei dem eine Mehrheit der Republikaner gegen die Mehrheit der Demokraten stimmt (und umgekehrt). Der Wert von 92 Prozent entspricht statistisch dem des Jahres 2013, dem höchsten von CQ für die Republikaner im Repräsentantenhaus jemals seit Beginn dieser Untersuchungen im Jahr 1960 gemessenen Wert.

Im Präsidentschaftswahljahr 2012 betrug der APUS für die Republikaner im Repräsentantenhaus 90 Prozent. In den Jahren 1995, 2001, 2003 und 2011 lag er bei jeweils 91 Prozent, was zeigt, dass die parteipolitische Polarisierung im Repräsentantenhaus kein neues Phänomen ist. Der APUS für die Demokraten, die sich im Repräsentantenhaus in der 114. Legislaturperiode in der Minderheit befinden, lag 2015 ebenfalls bei 92 Prozent, was statistisch gesehen ebenfalls einen Rekordwert darstellt.

Im Senat, in dem die Republikaner in der laufenden 114. Legislaturperiode 2015/2016 ebenfalls die Mehrheit stellen, ergeben sich nach CQ ähnliche statistische Werte. Hier lag der APUS für die Republikaner in Obamas siebtem Amtsjahr 2015 bei 89 Prozent. Dies ist statistisch der höchste gemessene Wert seit 2010 (Obamas zweitem Amtsjahr). Bei den Demokraten wiederum lag der APUS statistisch gesehen im Jahr 2015 bei 91 Prozent.

So hat sich nicht nur das Repräsentantenhaus, das sich traditionell als eine *Majoritarian Institution* versteht, sondern auch der Senat, der sich in seinem institutionellen Selbstverständnis eher dem Minderheitenschutz verpflichtet fühlt, zu einem parteipolitisch ausgeprägt polarisierten Ort entwickelt.

Zu den Gründen für die Polarisierung, durch die sich der Kongress in seiner Funktionslogik immer mehr den parlamentarischen Demokratien anzunähern scheint, zählen Veränderungen innerhalb der Parteien selbst, die auf Grund der zunehmenden ideologischen Polarisierung des amerikanischen Demos offenbar immer homogener werden. Ein nennenswerter konservativer Südstaatenflügel existiert heute in der demokratischen Partei neben einem liberalen Flügel im Gegensatz zu den 1960er Jahren nicht mehr. Umgekehrt sind bei den Republikanern an die Stelle eines gemäßigten Nordostflügels zunehmend Tea Party-Aktivisten getreten, was die parteipolitische Polarisierung ebenfalls befördert hat. Exemplarisch hierfür steht der vom rechtskonservativen Flügel der Fraktion erzwungene Rückzug von John Boehner (R-Ohio) aus dem Amt des Speaker, der Ende Oktober 2015 auch sein Abgeordnetenmandat überraschend niederlegte (vgl. Congress Report 30, 2015, Heft 9-10, S. 1ff.).

Unter den Bedingungen von *Divided Government* hat diese Entwicklung nicht nur zwischen den Fraktionen im Kongress, sondern auch zwischen Weißem Haus und Kapitol zu einem zunehmenden Antagonismus geführt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Präsident Obama sich unter den Bedingungen von Divided Government in seinem siebten Amtsjahr 2015 insgesamt nur in 45,7 Prozent aller Abstimmungen im Repräsentantenhaus und im Senat, zu denen er eine Position eingenommen hatte, gegenüber dem Kongress durchsetzen konnte (*Average Presidential Support Score, APSS*). Das ist statistisch betrachtet der bisher geringste APSS seiner Präsidentschaft, die im Jahr 2009 begonnen hat. Seinen relativen Erfolg verdankt Obama dabei besonders seinem vergleichsweise starken Abschneiden im Senat, wo er sich nach CQ insgesamt in 82,7 Prozent der Abstimmungen durchsetzen konnte, während dieser Wert im Repräsentantenhaus nur bei 14,6 Prozent lag.

Statistisch bedeutsame Unterschiede gab es zwischen außen- und sicherheitspolitischen sowie innen- und wirtschaftspolitischen Politikfeldern. In der Außen- und Sicherheitspolitik lag die Durchsetzungsrate des Präsidenten im Repräsentantenhaus nur bei 11,8 Prozent, im Bereich der Innenpolitik bei 10,9 Prozent und im Bereich der Wirtschaftspolitik immerhin bei 29,4 Prozent. Im ebenfalls republikanisch kontrollierten Senat lag der APSS Obamas im Jahr 2015 den Berechnungen von CQ zu Folge dagegen in der Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 2015 bei 66,7 Prozent, in der Innenpolitik bei 65,2 Prozent und in der Wirtschaftspolitik sogar bei 90 Prozent.

Insgesamt versuchten die Republikaner und Demokraten im Kapitol mit Blick auf das Wahljahr 2016 die Botschaft zu transportieren, dass es trotz der scharfen Polarisierung zwischen den Fraktionen nicht zum Gridlock, also gesetzgeberischen Stillstand, kommen muss. Statistisch gesehen ist das insofern gelungen, als der Kongress nach Berechnungen von Congressional Quarterly in der ersten Sitzungsperiode des 114. Kongress immerhin 115 Gesetze verabschiedet hat, ein Plus von 60 Prozent im statistischen Vergleich zur ersten Sitzungsperiode des 113. Kongress im Jahr 2013. Offensichtlich wollte sich keine der Fraktionen mit Blick auf das Präsidentschaftswahljahr

2016, in dem auch das Repräsentantenhaus und ein Drittel der Senatsmitglieder neu gewählt werden, dem Vorwurf aussetzen, im Kongress reine Obstruktion zu betreiben.

8. Präsidentschaftswahlen 2016: Harte Vorwahlkämpfe ohne schnellen Vorentscheid in beiden Parteien

Die Präsidentschaftsvorwahlkämpfe der Republikaner wie der Demokraten lassen Anfang April 2016 noch keine klare Vorentscheidung und ein schnelles Ende der Auseinandersetzungen um die Nominierung der Kandidaten der Parteien erkennen.

Mit Vorwahlen in der Mehrheit der US-Bundesstaaten und Territorien sowie der Vergabe von bisher mehr als der Hälfte der Delegierten für die Parteikonvente im Juli haben sich zwar die Kandidatenfelder gelichtet. Doch zugleich zeichnet sich ab, dass die offiziellen Entscheidungen über die Präsidentschaftskandidaten, die die Vorwahlkämpfe beenden, erst mit den Nominierungskonventen der Republikaner in Cleveland, Ohio (18.-21. Juli 2016) und der Demokraten in Philadelphia (25.-28. Juli 2016) fallen werden.

Auf der Seite der Demokraten bleibt Hillary Rodham Clinton, die frühere *First Lady*, Senatorin von New York und US-Außenministerin, die unangefochtene Favoritin. Ihr Konkurrent, Senator Bernie Sanders (Vermont), hat jedoch angedeutet, dass er seinen Vorwahlkampf bis zum Parteitag fortsetzen will.

Auf den ersten Blick ist Clintons Vorsprung in der Anzahl der Delegiertenstimmen für den Demokratischen Parteitag in Philadelphia überwältigend. Für Clinton haben sich bisher knapp über 1.750 Delegierte, für Sanders etwa 1.061 ausgesprochen (Stand 5. April, siehe realclearpolitics.com, *Democratic Delegate Count*). Allerdings beruht der enorme Vorsprung Clintons auf einem großen Anteil so genannter *Superdelegates*, also jener nicht durch die Vorwahlen gebundenen Delegierten, zumeist Gouverneure, Senatoren, Abgeordnete und Mitglieder des *Democratic National Committee* (DNC).

Unter den durch die Stimmen der Wähler in den Vorwahlen gebundenen Delegierten, den *Pledged Delegates*, reduziert sich der Vorsprung Clintons auf knapp 250 Delegierte. Wie die Vorsitzende des *Democratic National Committee* (DNC), die Abgeordnete Debbie Wasserman-Schultz (Florida), betont hat, soll die Mehrheit der an die Kandidaten gebundenen Delegierten („Pledged Delegates“) über die Nominierung entscheiden. Dies soll verhindern, dass der fatale Eindruck entsteht, dass sich das Parteiestablishment über den Willen der Basis hinwegsetzt.

In den noch ausstehenden Vorwahlen der Demokraten bis Mitte Juni werden knapp 1650 „Pledged Delegates“ bestimmt. Zumindest rechnerisch wäre es möglich, dass Sanders Clinton in den kommenden Wochen überrundet.

Da die Delegierten proportional zu den Stimmanteilen der Kandidaten vergeben werden, sind Sanders Chancen auf eine Mehrheit in realistischer Betrachtung aber doch eher gering. Er müsste über 58 Prozent der verbleibenden Delegierten gewinnen, um in Führung zu gehen. Clinton genügen dagegen 43 Prozent, um ihre Führung zu verteidigen.

Die verfügbaren Meinungsumfragen deuten, ungeachtet aller Unsicherheiten, darauf hin, dass Hillary Clinton vor allem in großen Staaten mit hohem Minoritätenanteil wie New York und Kalifornien über einen klaren Vorsprung vor Bernie Sanders verfügen wird.

Möglicherweise glaubt Senator Sanders, dass er die Dynamik des Vorwahlkampfes noch drehen kann. Wahrscheinlicher ist aber, dass er und sein Team darauf setzen, seine Verhandlungsposition auf dem Parteitag noch stärken zu können.

Clintons Strategie, durch die Besetzung linker Themen in der Sozial-, Wirtschafts- und Außenhandelspolitik Sanders die Unterstützung zu entziehen und ihn zu einem schnellen Einlenken zu bewegen, scheint allerdings bisher nicht aufgegangen zu sein.

Bernie Sanders hat seine Position in der Partei in überraschender Weise ausbauen können. Mit seiner hartnäckigen Kritik an Clinton und der Fortsetzung seines Wahlkampfes droht er aber in die Rolle des „Spielverderbers“ zu geraten. Damit könnte er nicht nur Hillary Clinton und der Partei politisch schaden, sondern auch sich selbst.

Im Vergleich zu den Demokraten ist der Vorwahlkampf auf der Seite der Republikaner noch deutlich härter und die Konfliktdynamik unübersichtlicher. Die meisten der ursprünglich großen Zahl der republikanischen Bewerber hat bereits das Handtuch geworfen.

Mitte März hat zuletzt Senator Marco Rubio (Florida), nach einer empfindlichen Niederlage in seinem Heimatstaat, seine Kampagne ausgesetzt. Gouverneur Jeb Bush (Florida), Dr. Ben Carson, Gouverneur Chris Christie (New Jersey), die frühere CEO von Hewlett Packard, Carly Fiorina, sowie Senator Rand Paul (Kentucky) waren nach ausbleibenden Erfolgen schon in den Vorwochen ausgeschieden.

Die verbleibenden Bewerber sind Senator Ted Cruz (Texas), der Immobilien-Tycoon Donald J. Trump (New York) und Gouverneur John Kasich (Ohio).

Der klare Favorit des Bewerber-Trios ist Donald Trump. Er konnte bisher (Stand 5. April 2016) 743 *Pledged Delegates* auf sich vereinen. Ted Cruz folgt ihm mit 532 und John Kasich mit 171 Delegierten.

Donald Trump ist der einzige der drei Kandidaten, der eine halbwegs realistische Chance hat, eine Mehrheit von 1237 Stimmen zu erreichen, die für die Nominierung durch den republikanischen Parteikonvent Ende Juli notwendig sind.

Cruz hat rechnerisch noch die Möglichkeit auf eine Mehrheit. Doch müsste er weit über 80 Prozent der bis Mitte Juni verfügbaren 769 Delegierten für sich gewinnen, um die Hürde zu nehmen. Für Kasich ist es nach dem jetzigen Stand unmöglich, sich die Nominierung aus eigener Kraft zu sichern.

Doch selbst Donald Trump benötigt über 60 Prozent der ausstehenden Delegierten in den republikanischen Vorwahlen. Die Vorwahlen der nächsten Wochen konzentrieren sich mit New York, Pennsylvania, Connecticut und anderen Staaten im Nordosten und Osten der USA zunächst auf Trump-freundliches Terrain.

In New York, Trumps Heimatstaat, deuten Meinungsumfragen auf eine Mehrheit für den Tycoon hin. Aber in anderen Einzelstaaten sind die Umfragen weit weniger eindeutig.

Wichtig ist dabei, dass die Regeln der Republikanischen Partei nominell alle Delegierten dem Kandidaten mit einer relativen oder absoluten Mehrheit zuweisen. Faktisch werden die Delegierten jedoch zumeist in einem Mischsystem auf der Basis von Mehrheiten auf der Ebene der Einzelstaaten und der Kongressdistrikte zugeteilt.

Für Trump heißt dies, dass er die Vorwahlen im Nordosten und Osten flächendeckend dominieren muss. Erschwert wird diese Aufgabe durch Sonderregelungen in einzelnen Staaten wie Pennsylvania, von dessen 71 Delegierten nur 17 an einen Kandidaten gebunden sind.

In der Schlussphase der Vorwahlsaison stehen Bundesstaaten im Westen der USA wie Arizona, Kalifornien, New Mexico, Oregon und Washington im Vordergrund, ein für Trump weit weniger günstiges Umfeld. Senator Cruz gilt beispielsweise als der Favorit in Montana, Nebraska und South Dakota.

Pointiert formuliert: Donald Trumps Kampagne kann eine Delegierten-Mehrheit nur dann erreichen, wenn es ihm gelingt, eine lange Serie von Erfolgen aneinander zu reißen. Eine nicht den hochgesteckten Erwartungen genügende Erfolgsbilanz ebenso wie eine Reihe kleinerer Rückschläge könnten ausreichen, um eine Trump-Mehrheit in Frage zu stellen.

Genau dies ist das Ziel einer nicht organisierten, aber breiten Anti-Trump-Koalition aus konservativen Kräften und Parteiloyalisten (#NeverTrump). Sie befürchten, dass eine Nominierung Trumps nicht nur eine Niederlage in den Präsidentschaftswahlen garantiert, sondern auch den Verlust der republikanischen Mehrheiten im Kongress nach sich ziehen könnte.

Den öffentlichkeitswirksamen Auftakt der Bewegung markierte eine Sonderausgabe der Zeitschrift National Review, historisch das Flaggship des US-Konservatismus. Unter dem Titel: „Against Trump“ legten knapp zwei Dutzend namhafte konservative

Intellektuelle und Meinungsführer die Gründe für ihre kategorische Ablehnung Trumps dar.

Ex-Gouverneur Mitt Romney (Massachusetts), der Präsidentschaftskandidat von 2012 und damit nominell der führende Exponent der Partei, hat in einer viel beachteten Rede offen zum Widerstand gegen Donald Trump aufgerufen. Romneys Philippika schloss die harsche Kritik mit dem Resümee, dass Trump ein „Schwindler und Hochstapler“ („con artist“) sei, dessen Versprechungen so wertlos seien wie ein Abschlussdiplom der (derzeit geschlossenen) „Trump University“.

Mit diesen Einordnungen hat sich der ohnehin harsche Tonfall im republikanischen Vorwahlkampf weiter verschärft. Neben den Kampagnen von Ted Cruz und John Kasich haben vor allem unabhängige konservative Wahlkampforganisationen (*Super PACs*) eine Art Dauerfeuer gegen den „verhassten“ Multimilliardär und *Reality TV*-Star eröffnet.

Den bisherigen Höhepunkt der rhetorischen Ausfälle markierten allerdings Trumps Attacken gegen Senator Cruz, den er als „Lügner-Ted“ („lyin' Ted“) bezeichnete, sowie gegen dessen Frau, Heidi Cruz, und die augenscheinlich substanzlosen Vorwürfe gegen Cruz wegen einer Reihe von Affären, die die Boulevard-Zeitschrift *National Enquirer*, die Trump lautstark unterstützt, veröffentlicht hat.

Die Strategie der republikanischen Gegner Trumps scheint es zu sein, durch die Unterstützung von Ted Cruz und John Kasich dessen Siegeszug zu stoppen und eine Entscheidung über den Kandidaten der Partei durch den Nominierungskonvent zu erzwingen.

Als Folge der zunehmend hässlichen und persönlichen Angriffe untereinander haben alle drei Bewerber ihr offizielles Versprechen relativiert, *den* Kandidaten der Partei im Hauptwahlkampf zu unterstützen.

Der Vorwahlkampf droht damit die republikanische Partei vor eine Zerreißprobe zu stellen. Gewinnt Trump, ist ein Exodus der konservativen Kräfte und Parteiloyalisten zu erwarten.

Verfehlt dagegen Donald Trump die Mehrheit mit nicht mehr als einer Handvoll von Stimmen, droht umgekehrt eine Revolte seiner Anhängerschaft. Trump selbst hat für diesen Fall unverhohlen einen „Aufstand“ („riots“) und „schlimme Probleme“ („bad problems“) in Cleveland, Ohio auf der *Republican National Convention* im Juli prognostiziert. Roger Stone, ein enger Vertrauter Trumps, will sogar die Liste der Hotels und Zimmernummern von Anti-Trump-Delegierten veröffentlichen.

Darüber hinaus gibt es kaum tragfähige Szenarien für den Ausgang eines Parteitags ohne einen klaren Favoriten („contested convention“). Senator Cruz setzt darauf, dass er nach einem ersten Wahlgang ohne Sieger die Nominierung für sich sichern kann.

Das Team von Senator Cruz versucht seit längerem, und mit einigem Erfolg, Anhänger des Senators als Parteidelegierte in den Einzelstaaten durchzusetzen. Diese bleiben zwar im ersten Wahlgang auf den Gewinner der Vorwahlen verpflichtet. Doch in weiteren Wahlgängen und in Entscheidungen über die Akkreditierung von Delegierten und die Regeln des Konvents sind sie ungebunden.

Allerdings kann Ted Cruz bestenfalls auf die Unterstützung eines Teils der Anti-Trump-Bewegung zählen. Cruz selbst ist kaum beliebter als Trump in der Partei. Die Alternative ist ein dritter Kandidat, etwa John Kasich, oder eine Art „Retter in der Not“ wie *Speaker* Paul Ryan (Wisconsin), auf den sich die Partei einigen könnte. *Speaker* Ryan weist Spekulationen um eine Nominierung aber entschieden zurück, und andere geeignete Kandidaten sind nicht in Sicht.

Das Finale der Vorwahlkämpfe wie die Parteitage im Sommer verspricht damit eine von hoher Spannung, hartem Schlagabtausch und unerwarteten Wendungen geprägte Konfliktdynamik.

Vor allem in der Republikanischen, aber auch in der Demokratischen Partei bleibt die große Herausforderung, die verschiedenen Lager hinter einem Kandidaten oder einer Kandidatin zu vereinen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion

Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Politikwissenschaft II

Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)